

Das Magazin der Bundestagsfraktion

profil:GRÜN



GUT IN FORM

DIE NEUE FRAKTION

MÄRZ 2018



www.gruene-bundestag.de



PROFIL:GRÜN IM MÄRZ 2018

EDITORIAL S. 3

Ready to rumble: Die neue grüne Fraktion ist gut in Form und bereit, die Herausforderung der Opposition im Sechs-Fraktionen-Parlament aufzunehmen. Die Fraktionsvorsitzenden Katrin Göring-Eckardt und Anton Hofreiter erläutern, wie.

67 ABGEORDNETE S. 6

Who is who: Vollständig im Bild und ausgestattet mit den wichtigsten Funktionen in Fraktion und Bundestag präsentieren wir unsere Abgeordneten.

DER NEUE VORSTAND S. 8

What's new: Fast die Hälfte des Vorstands ist mit neuen Köpfen besetzt.

DIE NEUEN ABGEORDNETEN S. 10

Time's up: 39 von 67 unserer Abgeordneten sind Frauen, bei den Neuen sogar 11 von 18. Sie stellen sich vor und erzählen, worauf es ihnen ankommt in der Politik und im Leben.

WEHRHAFTE DEMOKRATIE S. 16

Strong enough: Erstmals haben wir eine dezidiert rechte Partei im Deutschen Bundestag. Wie ein starkes Parlament souverän damit umgeht, erklärt unsere Erste Parlamentarische Geschäftsführerin, Britta Haßelmann.

HERZKAMMER VERTEIDIGEN S. 19

Heartbeat: Die wiedergewählte Bundestagsvizepräsidentin Claudia Roth beschreibt, wie sie ihr Amt wahrnehmen will.

GRÜN IM PARLAMENT S. 20

Still going on: Auch während der Phase der geschäftsführenden Regierung haben wir schon etliche grüne Akzente gesetzt. Mehr zu unserer parlamentarischen Arbeit in den Berichten aus den Arbeitskreisen.



Herausgeberin: Bündnis 90/Die Grünen Bundestagsfraktion, 11011 Berlin, TEL 030/227 56789, FAX 030/227 56552, info@gruene-bundestag.de, **V. i. S. d. P.:** Herta Parchent, **Redaktion:** Gisela Hüber, Sibylle Kraut-Eppich, Tim Meyer, **Gestaltung:** Stefan Kaminski, **Titelbild:** St. Kaminski, **Druck:** Dierichs Druck+Media Kassel, **Papier:** 90g Revive Pure, **Auflage:** 77.500, erscheint auch als Anzeige im „Magazin der Grünen“, **Redaktionsschluss:** 14.03.2018, profil:GRÜN erscheint vier Mal im Jahr, das Abo kostet 7,50 Euro.



Foto: St. Kaminski

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,

zum dritten Mal seit 2005 richten sich Union und SPD in einer gemeinsamen Regierung ein. Mehr denn je ist diese GroKo eine Notlösung. So wenig sich die Menschen von dieser Koalition versprechen, so riesig sind die Herausforderungen. In einer sozial, kulturell und in ihrer Identität gespaltenen, zunehmend gereizten Gesellschaft setzt die neue Bundesregierung – wie schon ihre Vorgängerin – auf ein „Weiter so“. Das ist uns und vielen in diesem Land zu wenig: Wir als Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen werden deshalb eine harte Opposition zu dieser Regierungskoalition bilden.

Ja, Jamaika ist gescheitert. Und dennoch waren es erfolgreiche Verhandlungen. Wir haben uns als handlungsfähige Kraft der linken Mitte präsentiert. Ökologie, Gerechtigkeit, eine humane Flüchtlingspolitik – dafür haben wir kompetent gestritten. Die gesellschaftliche Resonanz auf die Verhandlungen hat gezeigt, dass zentrale grüne Forderungen mehrheitsfähig sind: Die Menschen wissen genau um die Herausforderungen: Sie sehen die Folgen des Klimawandels, sie spüren die soziale Spaltung, sie erleben die Bedrohung unserer pluralistischen, vielfältigen Gesellschaft. Von der Politik erwarten sie zu Recht Antworten – doch schon zu lange vergeblich.

Dort, wo es ernst wird, beim Kohleausstieg, bei der uneingeschränkten humanitären Hilfe für Geflüchtete, bei einer gerechten Steuerpolitik, liefern die anderen Parteien keine echten Lösungen. Die SPD ist mit sich selbst beschäftigt und zwiegespalten, die Linke taumelt zwischen der Linie „Deutsche zuerst“ und der Scheu, ernsthaft Verantwortung zu übernehmen. Die Union ist gespalten zwischen liberalen Kräften und denen, die eine konservative Revolution fordern. Wir Grüne, die zahlenmäßig kleinste Fraktion im Deutschen Bundestag, sind die einzige handlungsfähige Kraft der linken Mitte. Wo andere sich aus dem Staub machen, stehen wir zu unseren Positionen, auch wenn's ungemütlich wird.

Doch wir wollen mehr: Es ist notwendig, das Klein-Klein der Regierungsarbeit aufzusprenken und die Zusammenhänge in den Blick zu nehmen. Zur Bewältigung der großen Zukunftsaufgaben wollen wir vernetzt und unabhängig von starren Ressortzuständigkeiten in sechs übergreifenden Arbeitsfeldern innovative, tragfähige Lösungen erarbeiten.

1. NEUE SOZIALE FRAGEN BEANTWORTEN

Das Versprechen der sozialen Marktwirtschaft auf Vollzeitstelle und Lohnzuwächse und damit auf Wohlstand für alle wird für immer weniger Menschen eingelöst. Fleiß und Bildung sind keine Garantie für sozialen Aufstieg. Überkommene Machtstrukturen benachteiligen Frauen oder MigrantInnen, große Unternehmen setzen mit geballter Lobbypower ihre Interessen durch. Wir wollen darauf umfassende neue Antworten geben. Dazu müssen wir Bildungs-, Arbeits- und Sozialpolitik zusammendenken. Es geht um gute Arbeit, um Bildungsgerechtigkeit, um Chancen für alle. Es gilt, diejenigen aufzufangen, die sozial, kulturell und regional abgehängt werden. Über Umverteilung von Wohlstand ist zu reden, tragfähige Modelle zur Rente und eine moderne Gesundheitspolitik wie die grüne Bürgerversicherung sind gefragt. Wenn sich gerade in den Ballungsräumen kaum jemand mehr Wohnraum leisten kann, ist die Politik gefordert. Wir müssen auch die Frage nach der sozialen Absicherung von morgen beantworten, wenn Digitalisierung unsere Arbeitswelt nachhaltig verändert. Die alten Strickmuster sozialer Verteilungskämpfe helfen nicht weiter. Wir werden stattdessen für neue Antworten sorgen.

2. NATÜRLICHE LEBENS-GRUNDLAGEN ERHALTEN

Das Wetter spielt immer häufiger verrückt, Dürren und Überschwemmungen zwingen Millionen Menschen in die Flucht. Wenn sich der Planet weiter aufheizt, dann ist menschliches Leben in ernster Gefahr. Wir brauchen also mehr Klimaschutz. Was macht aber die Große Koalition? Nichts! Hier, wie beim Umwelt- und Naturschutz, kommt

es auf uns Grüne im Bundestag an. Wir tolerieren nicht, dass unsere Felder und Bäche mit Gülle geflutet werden. Wir akzeptieren nicht, dass immer mehr Plastik unsere Meere vermüllt und in Tiernägen landet. Wir sehen dem Artensterben nicht tatenlos zu. Viele Menschen teilen unsere Ideen: von der Energie- und Verkehrswende bis zu einer zukunftsfähigen ökologischen Landwirtschaft mit einem konsequenten Pestizidverbot. Sie wollen längst grüner leben, arbeiten und konsumieren, als die neue GroKo sich das vorstellt. Sie können auf uns zählen. Denn es geht um das Wertvollste, was wir haben: unsere Erde.

3. WANDEL DURCH DIGITALISIERUNG GESTALTEN

„Die Digitalisierung durchdringt alle Lebensbereiche“ – das haben wir schon in unzähligen Reden gehört. Von effizientem, koordiniertem Agieren ist bei der alten und neuen GroKo aber leider keine Spur. Potenzial und Herausforderungen der Digitalisierung sind enorm. Wir werden die Fragen der Digitalisierung größer stellen – und größer beantworten. Wo ist der Einsatz von künstlicher Intelligenz und Robotern wünschenswert und wo entmenschlicht er sensible Bereiche? Wie sieht unsere Antwort auf Algorithmen aus, die unser Leben zwar erleichtern, aber zugleich tief in die Schicksale der Einzelnen eingreifen? Auch die jüngste Cyberattacke gegen die Bundesregierung hat uns vor Augen geführt, welche Aufgaben noch vor uns liegen. Weder Angst noch naive Technikbegeisterung sind hier gute Ratgeber. Uns leitet die Idee, dass es auch im digitalen Zeitalter um Fairness und Solidarität, um Chancen und Sicherheit gehen muss.

4. DEMOKRATIE UND GRUNDWERTE VERTEIDIGEN

Demokratie und Rechtsstaat sind nicht selbstverständlich. Zurzeit erleben wir, dass elementare Bestandteile unserer demokratischen Grundordnung infrage gestellt werden. Freie Rede, Gleichberechtigung, Vielfalt oder Erinnerungskultur – all das gilt es gegen die Hetzer von rechts zu verteidigen.

Doch uns geht es um mehr als die Verteidigung des Status quo. Wir Grüne im Bundestag wollen mehr Freiheit und Selbstbestimmung für alle Menschen, die hier leben. Wir wollen unsere Demokratie stark machen – politisch, institutionell und gesellschaftlich. In Deutschland wie in Europa stellt sich die Aufgabe, das Vertrauen in demokratische Institutionen und Strukturen wiederherzustellen und für mehr Akzeptanz zu werben. Dazu braucht es mehr als die spärlichen Vorschläge und Prüfaufträge, die Union und SPD in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart haben.

Neu, mutig und weitsichtig denken ist nicht die Stärke der GroKo – aber unsere. Mehr Demokratie ist machbar: durch neue Bürgerbeteiligung oder die Absenkung des Wahlalters für mehr Mitbestimmung von jungen Menschen, Unterstützung zivilgesellschaftlichen Engagements oder ein Lobbyregister, damit öffentlich bekannt ist, wer Zugang zu den politischen Entscheidungsträgern hat.

Wir brauchen einen intakten freiheitlichen Rechtsstaat, der die Bürgerrechte fest im Blick hat, genauso wie eine Garantie der Daseinsvorsorge. Wenn es auf dem Land keine Krankenhäuser, keine Gerichte mehr gibt und der Bus nur einmal am Tag fährt, dann wenden Menschen sich ab, dann haben Populisten leichtes Spiel.

5. GRÜNE LÖSUNGEN FÜR FLUCHT UND MIGRATION

Tausende Menschen vegetieren an den EU-Außengrenzen, weil Europa dichtmacht. Doch die Fluchtursachen, Kriege und Krisen, nehmen zu. Bundesregierung und Europäische Union machen mit ihrer Abschottungspolitik dieselben Fehler, die schon zur Krise der Asylpolitik 2015 geführt haben. AfD und Teile der Union missbrauchen die daraus resultierenden Schwierigkeiten. Wir Grüne im Bundestag wollen in der Flüchtlingspolitik nach vorne denken und den gesamten Migrationsweg in den Blick nehmen. Wir müssen besser verstehen, warum Menschen fliehen und welche Rolle dabei auch die internationale Handelspolitik, der Klimawandel und eine fehlgeleitete Agrarpolitik spielen. Wir wollen vernetzt herausarbeiten, wie Deutschland und die EU auf der gesamten Fluchtroute Einfluss nehmen können, und zwar mit den Mitteln von Partnerschaften, Entwicklungszusammenarbeit und Einwanderungspolitik. Wir brauchen Aufschluss darüber,

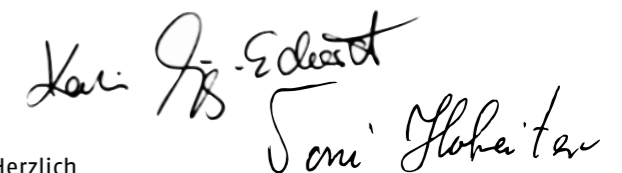
was in Europa verbessert werden muss, um eine solidarische Aufnahme der Flüchtlinge zu garantieren.

6. GLOBALISIERUNG GERECHT AUSRICHTEN

Gelegentlich bekommt man das Gefühl, als würde die Globalisierung wie ein Sturm über uns hinwegfegen. Aber so hilflos sind wir gar nicht, wir können und müssen sie gestalten, damit sie allen Menschen nutzt und die Erde keinen Schaden nimmt. Wir Grüne im Bundestag werden noch intensiver Antworten auf die vielen Herausforderungen erarbeiten: für eine gerechte Handelspolitik und einen wirksamen Klimaschutz in einer globalisierten Welt. Für eine aufrichtige Friedenspolitik, die nicht vor den Interessen der Wirtschaft einknickt. Und wie erfinden wir den arg ramponierten Multilateralismus neu? Dabei lassen wir uns von der Idee einer offenen Welt leiten, doch naiv sind wir nicht. Wenn andere Länder diese Offenheit ausnutzen, dann ist Widerstand angesagt. Mit Dumpinglöhnen und Steuertricksereien und unter Missachtung des Umweltschutzes sind bei uns keine Geschäfte zu machen.

NEUE IDEEN BRAUCHT DAS LAND

Viele Menschen in diesem Land treiben Sorgen und Nöte um, viele Hoffnungen und Wünsche richten sich an die Politik. Wir werden in der Bundestagsfraktion genau hinschauen und hinhören, um überzeugende Antworten zu entwickeln und Ideen voranzutreiben. Wir suchen den Austausch, scheuen aber nicht die harte Auseinandersetzung mit den anderen Fraktionen im Deutschen Bundestag. Wo die GroKo sich durchwurstelt, sind wir klar in der Sache und, wenn es sein muss, auch radikal. Nur so kann Neues entstehen. Und neue Ideen braucht unser Land dringender denn je.



Herzlich
KATRIN GÖRING-ECKARDT und DR. ANTON HOFREITER

67

Abgeordnete bilden die neue Fraktion. In alphabetischer Folge zeigen wir sie hier mit ihren wichtigsten Funktionen für die Fraktion oder im Bundestag.



Foto: St. Kaminski

1) Luise Amtsberg ist Sprecherin für Flüchtlingspolitik

2) Kerstin Andreae ist Sprecherin für Wirtschaftspolitik

3) Lisa Badum ist Sprecherin für Klimapolitik

4) Annalena Baerbock ist Mitglied im Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

5) Margarete Bause ist Sprecherin für Menschenrechtspolitik

6) Dr. Danyal Bayaz ist Startup-Beauftragter

7) Canan Bayram ist Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

8) Dr. Franziska Brantner ist Sprecherin für Europapolitik

9) Agnieszka Brugger ist Koordinatorin des Arbeitskreises 4

10) Dr. Anna Christmann ist Sprecherin für bürgerschaftliches Engagement und für Innovations- und Technologiepolitik

11) Ekin Deligöz ist Mitglied im Haushaltsausschuss

12) Katja Dörner ist Sprecherin für Kinder- und Familienpolitik

13) Katharina Dröge ist Sprecherin für Wettbewerbspolitik und Handelspolitik

14) Harald Ebner ist Sprecher für Waldpolitik und für Gentechnik- und Bioökonomiepolitik

15) Matthias Gastel ist Sprecher für Bahnpolitik

16) Kai Gehring ist Sprecher für Forschung, Wissenschaft und Hochschule

17) Stefan Gelbhaar ist Sprecher für städtische Mobilität und Radverkehr

18) Katrin Göring-Eckardt ist Fraktionsvorsitzende

19) Erhard Grundl ist Sprecher für Kulturpolitik

20) Anja Hajduk ist Koordinatorin des Arbeitskreises 1

21) Britta Haßelmann ist Sprecherin für Kommunalpolitik

22) Dr. Bettina Hoffmann ist Sprecherin für Umweltpolitik und für Umweltgesundheit

23) Dr. Anton Hofreiter ist Fraktionsvorsitzender

24) Dieter Janecek ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Energie

25) Dr. Kirsten Kappert-Gonther ist Sprecherin für Drogenpolitik und für Gesundheitsförderung

26) Uwe Kekeritz ist Sprecher für Entwicklungspolitik

27) Katja Keul ist Sprecherin für Rechtspolitik und für Abrüstungspolitik

28) Sven-Christian Kindler ist Sprecher für Haushaltspolitik

29) Maria Klein-Schmeink ist Sprecherin für Gesundheitspolitik

30) Sylvia Kotting-Uhl ist Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

31) Oliver Krischer ist Koordinator des Arbeitskreises 2

32) Christian Kühn ist Sprecher für Bau- und Wohnungspolitik

33) Stephan Kühn ist Sprecher für Verkehrspolitik

34) Renate Künast ist Sprecherin für Tierschutzpolitik und für Ernährungspolitik

35) Markus Kurth ist Sprecher für Rentenpolitik

36) Monika Lazar ist Sprecherin für Sportpolitik und für Strategien gegen Rechtsextremismus

37) Sven Lehmann ist Sprecher für Sozialpolitik und für Queerpolitik

38) Steffi Lemke ist Sprecherin für Naturschutzpolitik

39) Dr. Tobias Lindner ist Sprecher für Sicherheitspolitik

40) Irene Mihalic ist Sprecherin für Innenpolitik

41) Claudia Müller ist Sprecherin für maritime Wirtschaft und Mittelstandsbeauftragte

42) Beate Müller-Gemmeke ist Sprecherin für ArbeitnehmerInnenrechte und aktive Arbeitsmarktpolitik

43) Dr. Ingrid Nestle ist Sprecherin für Energiewirtschaft

44) Omid Nouripour ist Sprecher für Außenpolitik

45) Friedrich Ostendorff ist Sprecher für Agrarpolitik

46) Cem Özdemir ist Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur

47) Lisa Paus ist Sprecherin für Finanzpolitik

48) Filiz Polat ist Sprecherin für Migrations- und Integrationspolitik

49) Tabea Rößner ist Sprecherin für Verbraucherpolitik und für Netzpolitik

50) Claudia Roth ist Sprecherin für auswärtige Kulturpolitik

51) Dr. Manuela Rottmann ist Mitglied im Ausschuss für Recht und Verbraucherschutz

52) Corinna Rüffer ist Sprecherin für Behindertenpolitik und Bürgerangelegenheiten

53) Manuel Sarrazin ist Sprecher für Osteuropapolitik

54) Ulle Schauws ist Sprecherin für Frauenpolitik und für Queerpolitik

55) Dr. Gerhard Schick ist Mitglied im Finanzausschuss

56) Dr. Frithjof Schmidt ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

57) Stefan Schmidt ist Sprecher für Kommunalfinanzen

58) Kordula Schulz-Asche ist Sprecherin für Pflege- und Altenpolitik

59) Dr. Wolfgang Strengmann-Kuhn ist Sprecher für Arbeitsmarktpolitik und europäische Sozialpolitik

60) Margit Stumpp ist Sprecherin für Medienpolitik und für Bildungspolitik

61) Markus Tressel ist Sprecher für ländliche Räume und Regionalpolitik und für Tourismuspolitik

62) Jürgen Trittin ist Mitglied im Auswärtigen Ausschuss

63) Dr. Julia Verlinden ist Sprecherin für Energiepolitik

64) Ottmar von Holtz ist Mitglied im Ausschuss für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

65) Dr. Konstantin von Notz ist Koordinator des Arbeitskreises 3 und Beauftragter für Religion und Weltanschauung

66) Daniela Wagner ist Sprecherin für Stadtentwicklung

67) Beate Walter-Rosenheimer ist Sprecherin für Aus- und Weiterbildung und für Jugendpolitik

VORSTAND DAS NEUE V-TEAM



KATRIN GÖRING-ECKARDT MDB
Fraktionsvorsitzende



DR. ANTON HOFREITER MDB
Fraktionsvorsitzender



ANJA HAJDUK MDB
Politische Koordinatorin des
Arbeitskreises 1: Wirtschaft, Finanzen & Soziales
und stellv. Fraktionsvorsitzende



DR. KONSTANTIN VON NOTZ MDB
Politischer Koordinator des
Arbeitskreises 3: Bürgerrechte & Demokratie,
Rechts- & Gesellschaftspolitik und stellv. Fraktionsvorsitzender



DR. FRANZISKA BRANTNER MDB
Parlamentarische
Geschäftsführerin



BRITTA HABELMANN MDB
Erste Parlamentarische
Geschäftsführerin



OLIVER KRISCHER MDB
Politischer Koordinator des Arbeitskreises 2:
Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr
und stellv. Fraktionsvorsitzender



AGNIESZKA BRUGGER MDB
Politische Koordinatorin des Arbeitskreises 4:
Internationale Politik & Menschenrechte
und stellv. Fraktionsvorsitzende



KATHARINA DRÖGE MDB
Parlamentarische
Geschäftsführerin



KATJA DÖRNER MDB
Politische Koordinatorin des
Arbeitskreises 5:
Wissen, Generationen & Gesundheit
und stellv. Fraktionsvorsitzende



CLAUDIA ROTH MDB
Vizepräsidentin des
Deutschen Bundestages



STEFFI LEMKE MDB
Parlamentarische
Geschäftsführerin

DIE NEUEN ABGEORDNETEN

Ein ehemaliger Unternehmensberater entspannt sich mit Rapmusik. Eine Ärztin setzt sich ein für eine kontrollierte Freigabe von Cannabis. Ein Musikmanager ist immer wieder bei den schwierigen Jungs in seinem Boxklub. Und eine Ingenieurin will mit intelligenter Technik die Welt verbessern.

18 neue Persönlichkeiten mit ganz unterschiedlichen Lebensläufen. Und ganz vorne unsere Frauen. Denn wir stärken die weibliche Kraft im Deutschen Bundestag, weil unsere Fraktion jetzt 39 Frauen und 28 Männer zählt. Wir heben uns damit ab von den anderen Fraktionen, die das Parlament leider deutlich männlicher machen. Würde der Bundestag die deutsche Bevölkerung widerspie-

geln, müssten unter den 709 Abgeordneten eigentlich 140 Frauen mehr sein.

Unsere 18 neuen Abgeordneten kommen auf den nächsten Seiten selbst zu Wort. Wer sind sie? Was begeistert sie? Bei welchem Thema haben sie schon einmal ihre Meinung geändert? Sie erzählen von ihren Vorbildern und Alltagshelden, nennen wichtige Eigenschaften für eine/n PolitikerIn und Unverzichtbares in ihrem Leben.

Weitere Informationen zu allen grünen Bundestagsabgeordneten: » gruene-bundestag.de/abgeordnete



Ich bin **LISA BADUM**, 34, aus Forchheim im Wahlkreis Bamberg in Franken. Als Politikwissenschaftlerin habe ich zuerst für einen Bundestagsabgeordneten gearbeitet und die letzten fünf Jahre war ich in der freien Wirtschaft als Mitarbeiterin für Bürgerenergie bei der NATURSTROM AG. Ich denke, eine Politikerin sollte Menschen mögen und die Anliegen der Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen. Denn es ist ja unsere Aufgabe, sie im Bundestag zu repräsentieren. Obwohl ich noch als 20-Jährige keiner Partei beitreten wollte, habe ich gemerkt, dass man dort sehr viel für die Demokratie und die Gesellschaft bewegen kann. Mein besonderes Augenmerk gilt Griechenland, wo ich ein Jahr gelebt habe. Ich möchte, dass dieses tolle Land vollwertiger Teil der europäischen Familie bleibt und wieder auf die Beine kommt. Meine Leidenschaft: erneuerbare Energien und Klimaschutz.



Ich bin **MARGARETE BAUSE**, 59, aus München. Von Beruf bin ich Soziologin, ich bin verheiratet und habe einen erwachsenen Sohn. Nach 18 Jahren in der grünen Fraktion im Bayerischen Landtag freue ich mich jetzt auf die Arbeit im Bundestag. Eine gute Politikerin sollte begeisterungsfähig sein, sich immer wieder mit Elan in neue Themen einarbeiten und aus dem Herzen heraus gestalten wollen. So werde ich jedenfalls mein Mandat ausfüllen. In meiner Arbeit für meinen Wahlkreis möchte ich besonderes Augenmerk auf die für München immens wichtige Wohnungspolitik legen. Darüber hinaus haben wir, die wir in einer freien Gesellschaft leben, eine ganz besondere Verantwortung. Meine Leidenschaft: Menschenrechtspolitik.



Ich bin **ANNA CHRISTMANN**, 34, aus Stuttgart. Ich bin Politikwissenschaftlerin und habe die letzten vier Jahre als Grundsatzreferentin im baden-württembergischen Wissenschaftsministerium gearbeitet. Neugier ist für mich eine absolut wichtige Eigenschaft, gerade in der Politik. Ich empfinde es als großes Privileg, immer wieder unterschiedliche Menschen, Themen und Geschichten kennenzulernen. Mich begeistern Menschen, die für Ideen brennen und sie tatsächlich umsetzen. Vor Kurzem habe ich jemanden getroffen, der eine Hochschule gegründet hat. Einfach weil es noch keine gab, wie er sie sich als Student gewünscht hätte. Die Rede von Anstand in der Politik, das ist aus der Zeit gefallen, dachte ich zunächst. Aber mittlerweile finde ich es absolut richtig, gegenseitigen Respekt einzufordern. Meine Leidenschaft: Innovation und Demokratie.



Ich bin **CANAN BAYRAM**, 52, aus Berlin. Aufgewachsen am Niederrhein studierte ich nach einer kaufmännischen Ausbildung in Bonn Rechtswissenschaften. Die letzten elf Jahre war ich im Berliner Abgeordnetenhaus. Als Politikerin sind mir Ehrlichkeit und Klarheit ganz besonders wichtig. Dazu gehört auch, mal unbequeme Wahrheiten auszusprechen. Die Menschen müssen wissen, wofür genau Politikerinnen und Politiker stehen. Wenn ich mir eine Meinung bilde, nehme ich mir Zeit, um alle Aspekte gründlich abzuwägen. Meine Heldinnen des Alltags sind alleinerziehende Mütter. Aber auch Lehrerinnen und Lehrer, die sich um unsere Kinder kümmern und dabei oft mit den Erwartungen der Eltern kämpfen müssen. Meine Leidenschaft: der Kampf für eine bessere, gerechtere und solidarische Welt.



Ich bin **DANYAL BAYAZ**, 34, aus Heidelberg in Baden-Württemberg. Zuletzt habe ich als Unternehmensberater gearbeitet und mich mit Finanzmärkten, Arbeitswelt 4.0 und Digitalisierung beschäftigt. Dabei war ich auch viel in Europa unterwegs. Ich bin überzeugter Europäer und finde es wichtig, dass wir in der Politik noch stärker und häufiger europäische Werte hochhalten. Um meinen Arbeitstag gut auf die Reihe zu bekommen, brauche ich morgens eine Tasse Kaffee und die Zeitung, abends höre ich zum Runterkommen gerne Rapmusik. Meine Bewunderung gilt den vielen Alltagshelden in unserer Gesellschaft: in der Pflege, in der Kinderbetreuung oder bei der Polizei. Größten Respekt habe ich aber auch vor JournalistInnen in der Türkei, die mit ihrer Arbeit riskieren, eingesperrt zu werden. Meine Leidenschaft: die ökologische Modernisierung der Wirtschaft.



Ich bin **STEFAN GELBHAAR**, 41, aus Berlin. Von Beruf bin ich Rechtsanwalt. Bislang war ich Abgeordneter im Berliner Abgeordnetenhaus, seit 2012 stellvertretender Fraktionsvorsitzender und Sprecher für Verkehrspolitik, für Medien- und Netzpolitik. In Berlin habe ich intensiv für die Verkehrswende gearbeitet, unter anderem das Radgesetz mitentwickelt. Politisiert haben mich die Jahre nach der friedlichen Revolution im Osten mit all ihren Brüchen. Ein Vorbild ist für mich Regine Hildebrandt, weil sie immer wusste, woher sie kommt, wohin sie will. Meine Leidenschaft: Stadtmobilität, Entwicklungszusammenarbeit und Medien- und Netzpolitik.

Ich bin **ERHARD GRUNDL**, 55, aus Straubing in Bayern. Mehr als 25 Jahre habe ich als Vertriebsmanager in der Independent Musikindustrie gearbeitet. Musik ist und bleibt für mich unverzichtbar. Seit Jahren schon engagiere ich mich als Stadtrat und Fraktionsvorsitzender in der Kommunalpolitik, wo man sich immer wieder neue Themenfelder erarbeiten muss. Das reizt mich auch an der Arbeit im Bundestag. Mit Menschen zusammenzukommen, in der Großstadt oder auf dem flachen Land, verschiedene Kulturen und Gebräuche kennenzulernen, ist mir wichtig und bereichert mein Leben. Im Boxklub in Straubing treffe ich meine Helden des Alltags: die ehrenamtlichen Trainer, die auch schwierigen Jungs helfen, sich „durchzuboxen“ – mit Fairness und Respekt. Meine Leidenschaft: Kultur und Sport.



Ich bin **BETTINA HOFFMANN**, 58, aus Niedenstein in Hessen. Als Biologin war ich viele Jahre Geschäftsführerin einer Agentur für Umwelt, Tourismus und Regionalentwicklung. Wichtig für eine Politikerin ist in meinen Augen der Respekt vor Andersdenkenden. Außerdem sollten wir die Lösung eines Problems vom Ende her denken und nicht in Legislaturperioden rechnen. Ich finde es wichtig, immer offen zu bleiben für neue Erkenntnisse. Als Naturwissenschaftlerin kann ich meine Meinung durchaus ändern, wenn man mich mit Fakten überzeugt. Menschen zugewandt sein ist ebenso wichtig. Ich liebe unberührte Natur: alte Wälder, das Meer, die Berge. Farben und Formen von Landschaften begeistern mich immer wieder aufs Neue. Meine Leidenschaft: Schutz von Natur und Umwelt zum Erhalt unserer Lebensgrundlagen und Verknüpfung von Ökologie und Wirtschaft.



Ich bin **OTTMAR VON HOLTZ**, 56, aus Hildesheim in Niedersachsen. Geboren bin ich in Namibia, habe später Wirtschaftswissenschaften studiert und war zuletzt Mitglied des Niedersächsischen Landtages. Ein Politiker sollte aus meiner Sicht nicht sofort mit irgendwelchen Vorschlägen kommen, sondern erst mal genau zuhören. Auch immer wieder seine eigenen Standpunkte auf den Prüfstand stellen. Ich habe zum Beispiel meine Meinung zur Polizei geändert. Aufgewachsen in Namibia und Südafrika habe ich Polizei als Repressionsapparat kennengelernt. In Deutschland dagegen wurde mir klar, dass man Polizei differenziert betrachten muss. Abseits der Politik begeistert mich die Natur, dort, wo man den Respekt vor ihr spürt – wie am Meer, in den Bergen und in der Wüste. Meine Leidenschaft: mich für eine faire Welt einzusetzen.



Ich bin **SVEN LEHMANN**, 39, aus Köln: Grüner mit Herz und Verstand, Kölner, Rheinländer, Europäer, Weltverbesserer, Idealist, Hedonist, Feminist und vieles mehr. Studiert habe ich Politikwissenschaften, bin als Personalentwickler beim Landschaftsverband Rheinland angestellt und war acht Jahre Landesvorsitzender der NRW-Grünen. Wichtige Werte sind für mich gleiche Rechte für jeden Menschen, Gewaltfreiheit, Solidarität und Weltoffenheit. Ich setze mich für eine soziale Gesellschaft ein, in der jeder Mensch am öffentlichen Leben teilhaben und seinen Lebensentwurf leben kann. Wir dürfen den Rechtspopulisten keine Möglichkeit zur Instrumentalisierung sozialer Probleme gegen Minderheiten überlassen. Minderheitenrechte und soziale Politik gehören zusammen! Meine Leidenschaft: Queer-, Sozial- und Familienpolitik.



Ich bin **KIRSTEN KAPPERT-GONTHIER**, 51, aus Bremen. Von Beruf bin ich Ärztin für Psychiatrie und Psychotherapie und war seit 2011 Mitglied der Bremischen Bürgerschaft. Nach meiner Erfahrung sollte eine Politikerin vor allem zuhören können und dann anpackend handeln. Mich begeistern kontroverse Diskussionen, in denen eine Lösung für ein kniffliges Problem gefunden wird. Das schätze ich mindestens so wie gutes zeitgenössisches Theater. In meiner ärztlichen Arbeit war ich auch mit den Folgen von Cannabiskonsum konfrontiert und fand das Verbot richtig. Heute weiß ich, dass die Prohibition nur den Schwarzmarkt fördert und dieser weder Jugend- noch Gesundheitsschutz kennt. Darum trete ich inzwischen vehement für die kontrollierte Freigabe von Cannabis ein. Meine Leidenschaft: Gesundheit und Kultur.



Ich bin **CLAUDIA MÜLLER**, 36, aus Stralsund in Mecklenburg-Vorpommern. Bis 2011 habe ich als Reiseleiterin gearbeitet, anschließend als Fraktionsgeschäftsführerin und seit 2012 bin ich Landesvorsitzende der Grünen. Mit dem Einstieg ins Berufsleben und besonders seit ich Kinder habe, habe ich meine Meinung zum Thema Frauenquote geändert. Früher dachte ich, wir hätten die Gleichstellung von Frau und Mann längst erreicht. Dann musste ich aber feststellen, dass männliche Kollegen überall schneller vorankamen. Je stressiger es im Job zugeht, desto unverzichtbarer sind für mich Momente der Ruhe, in denen ich nachdenken kann. Und natürlich die Zeit mit meinen Kindern. Ich bewundere Menschen, die andere auf ihrem letzten Weg begleiten, besonders ehrenamtliche Helfer in Hospizen. Meine Leidenschaft: Wirtschaft und Mecklenburg-Vorpommern.



Ich bin **INGRID NESTLE**, 40, aus Elmshorn in Schleswig-Holstein. Ich bin Wirtschaftsingenieurin und war die letzten fünf Jahre als Staatssekretärin in Schleswig-Holstein für Energiewende und technischen Umweltschutz zuständig. Zuvor war ich bereits Abgeordnete im Bundestag und möchte jetzt erneut meine Erfahrung einbringen. Mein größtes Anliegen ist, die Klimakrise zu stoppen. Wenn wir zulassen, dass unsere Lebensgrundlagen zerstört werden, können Erfolge in anderen Bereichen nicht von Dauer sein. Als Mutter von zwei Kindern denke ich dabei auch an die nachkommenden Generationen. Mein Held im Kampf gegen die Klimakrise ist übrigens mein alter Physik- und Umwelt-Lehrer, der sein ganzes Leben mit großem Engagement für den Klimaschutz streitet. Meine Leidenschaft: Klimaschutz.



Ich bin **STEFAN SCHMIDT**, 36, aus Regensburg in Bayern. Von Beruf bin ich Lehrer, habe lange Zeit als wissenschaftlicher Angestellter an der Uni und im Bundestag für zwei Abgeordnete gearbeitet. Ich finde, ein Politiker muss vor allem bodenständig sein und den Menschen zuhören können. Wenn aber wie in diesen Zeiten Hass und Hetze zunehmen und sogar Flüchtlingsheime brennen, sind auch klare Worte gefragt. Die Feinde der Demokratie sind zwar laut, aber doch in der Minderheit. Für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft engagieren sich dagegen unzählige Menschen, ob es die ehrenamtliche Flüchtlingshelferin oder der Trainer im Sportverein ist. Mich begeistert die Kreativität vieler Menschen. Neue Pfade entdecken, „um die Ecke denken“ und die Gesellschaft dadurch gemeinsam weiterentwickeln, das fasziniert mich. Meine Leidenschaft: der Tarifdschungel der öffentlichen Verkehrsmittel.



Ich bin **MARGIT STUMPP**, 54, aus Königsbrunn in Baden-Württemberg. Als Ingenieurin habe ich in der Elektronikentwicklung gearbeitet und war dann über 20 Jahre lang Lehrerin. In die Politik bin ich gegangen, um Veränderungen voranzutreiben. Wichtig sind mir Menschen in meinem Umfeld, die mich stärken und offen ihre Meinung sagen. Das hilft mir auch dabei, eigene Positionen zu überprüfen. Ein Beispiel dafür ist meine ehemalige Ansicht, qualifizierte Frauen erreichten automatisch Führungspositionen. Inzwischen bin ich gegenüber Quoten offen. Mich begeistern Menschen, die Missstände erkennen und dagegen angehen. Außerdem fasziniert mich, wie man mittels des intelligenten Einsatzes von Technik Lebensverhältnisse verbessern kann. Meine Leidenschaft: gleiche Chancen für Jede und Jeden.

Ich bin **MANUELA ROTTMANN**, 45, aus Bad Kissingen in Bayern. Von Beruf bin ich Juristin, zuletzt habe ich als Dezernentin für Umwelt und Gesundheit in Frankfurt am Main und als juristische Referentin bei der Deutschen Bahn gearbeitet. Als Politiker treffen wir Entscheidungen für so viele Menschen. Das ist ein Privileg und eine große Verantwortung auf Zeit. Demütig zu bleiben ist deshalb wichtig. Und auch, seine Meinung zu ändern, wenn man zu neuen Einsichten kommt. Als Jugendliche dachte ich, wir könnten irgendwann auf das Militär verzichten. Heute weiß ich, wir werden es noch sehr lange brauchen, um Demokratien zu verteidigen, um Völkermord und Menschenrechtsverletzungen zu stoppen. Neben meiner Familie brauche ich außer Literatur, Kino und Popmusik wenig, um glücklich zu sein. Meine Leidenschaft: gute Politik für die Kommunen.



Ich bin **FILIZ POLAT**, 39, aus Bramsche in Niedersachsen. Von Beruf bin ich Volkswirtin, von 2004 bis 2017 war ich Mitglied des Landtages in Niedersachsen. Was Politik mir bedeutet? Mit Leidenschaft an den Themen arbeiten, für die man brennt. Manchmal muss man aber auch ein dickes Fell haben und einstecken können. Mich begeistern Menschen, die für ihre Rechte oder die Rechte anderer auf die Straße gehen. Die mutig und sogar unter Einsatz ihres Lebens für Menschenrechte kämpfen. Meine Heldin ist Hannah Arendt als kritische Denkerin und furchtlose Kämpferin ihrer Zeit. Worauf ich nicht verzichten könnte? Ganz klar: meine Familie, meine Freunde und gutes Essen. Meine Leidenschaft: Migrations- und Menschenrechtspolitik.



Ich bin **DANIELA WAGNER**, 60, aus Darmstadt in Hessen. In meiner Heimatstadt habe ich viele Jahre als Dezernentin für interkulturelle Angelegenheiten, Schulen, Frauen und Wohnen und Umwelt gearbeitet. Abgeordnete im Bundestag war ich bereits von 2009 bis 2013. Eine Politikerin sollte über Standing und Klarheit verfügen. Man darf keine Versprechungen machen, die man nicht einhalten kann. Unverzichtbar sind für mich Respekt, Toleranz und Freiheit. Deshalb bin ich eine große Anhängerin der Europäischen Union als Garantin dieser Werte. In vielen Regionen der Welt sind die Menschen noch weit davon entfernt. Besonders am Herzen lag mir immer eine Zwei-Staaten-Lösung für Israel und Palästina. Dass alle Nachfolger von Yitzhak Rabin an dieser Herausforderung gescheitert sind, finde ich sehr bitter. Meine Leidenschaft: lebenswerte, attraktive Städte mit viel Grün und gutem ÖPNV.

WEHRHAFT DEMOKRATIE

PARLAMENT VOR NEUEN HERAUSFORDERUNGEN

Foto: Plambeck/laif



Britta Haßelmann MdB
Erste Parlamentarische
Geschäftsführerin

Am 24. Oktober 2017 hat sich der 19. Bundestag konstituiert. Mit 709 Abgeordneten und sechs Fraktionen ist er so groß wie nie zuvor. Die Frauen sind allerdings so schwach vertreten wie seit Jahren nicht. Und erstmals haben wir es mit einer dezidiert rechten Fraktion zu tun. Doch der Bundestag erweist sich als starkes und souveränes Parlament. Das wollen wir noch lebendiger und transparenter machen.

Ungewohnt für uns alle war, dass die Zeit der Regierungsbildung schier kein Ende nehmen wollte. Nach dem Abschluss der Koalitionsgespräche zwischen Union und SPD ist die neue Bundesregierung nun regulär im Amt. Doch auch in der Übergangsphase, in der eine geschäftsführende Regierung ihren Dienst tat, garantierte der Bundestag Stabilität und Demokratie. Von einer Krise der Demokratie, die manche schon heraufbeschwörten, konnte keine Rede sein. Zwischenzeitlich hatten sich die Fachausschüsse konstituiert, die SprecherInnen und Obleute sind benannt worden, und die Sacharbeit hatte begonnen. Die grüne Bundestagsfraktion hat bereits parlamentarische Initiativen und Gesetzentwürfe eingebracht, beispielsweise für mehr Klimaschutz, für ein Cannabiskontrollgesetz und zur besseren Durchsetzung von Verbraucherrechten durch Gruppenverfahren.

Und klar ist der Bundestag zu jeder Zeit auch seiner Aufgabe nachgekommen, die geschäftsführende Bundesregierung zu kontrollieren. Zwar konnten wir den Alleingang von Landwirtschaftsminister Schmidt, dem weiteren Einsatz von Glyphosat auf europäischer Ebene zuzustimmen, nicht verhindern. Doch mit unseren kritischen Fragen haben wir den ungeheuerlichen Vorgang in die öffentliche Diskussion gebracht. Zur Aufklärung des furchtbaren Anschlags auf den Weihnachtsmarkt am Berliner Breitscheidplatz mit mehreren Todesopfern haben wir gemeinsam mit den anderen Fraktionen endlich einen Untersuchungsausschuss eingesetzt, den wir schon seit letztem Jahr fordern.

Völlig unzureichend ist für uns Grüne im Bundestag die Anzahl der Frauen im Parlament. 490 Männern sitzen 219 Frauen gegenüber, ein Anteil von 30,9 Prozent. Rein rechnerisch sind wir wieder auf dem Stand von vor 20 Jahren. Der weiblichen Hälfte unserer Gesellschaft fehlt damit eine starke Vertretung. Mit unserem höchsten Frauenanteil aller Fraktionen werden wir die Anliegen von Frauen ins Parlament einbringen und für ihre Rechte nach Kräften streiten. So auch für die Abschaffung des § 219a, der sachliche Informationen zum Schwangerschaftsabbruch verbietet.

WAHLRECHTSREFORM ANGEHEN

Der neue Bundestag hat erheblich mehr Sitze als alle vorherigen. Mit 709 Abgeordneten und sechs Fraktionen ist das Hohe Haus nicht nur ein sehr volles Haus, es gibt auch mehr zu kommunizieren und zu koordinieren. Eine Wahlrechtsreform ist daher überfällig. Es ist gut, dass gleich zu Beginn der Wahlperiode eine Arbeitsgruppe Gemeinsamkeiten der Fraktionen ausloten soll. Drei Jahre lang haben Union und SPD das Thema auf die lange Bank geschoben. Der Vorschlag von Altbundestagspräsident Lammert am Ende der letzten Wahlperiode war nicht mehrheitsfähig. Denn er hätte das Zweitstimmenergebnis, mit dem die WählerInnen die Stärke der im Bundestag vertretenen Parteien bestimmen, erheblich verzerrt. Aber gerade auf die Wahrung des Zweitstimmenergebnisses kommt es an. Denn jede Stimme muss uns gleich viel wert sein. Es gilt nun zu prüfen, ob wir auf der Grundlage unseres personifizierten Verhältniswahlrechts und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts zu gemeinsamen Vorschlägen kommen können.

ENTSCHIEDEN GEGEN RECHTSAUSSEN

Ein besonderes Augenmerk richten wir auf die rechten Kräfte im Parlament. Grundsätzlich ist dazu festzustellen, dass keine der sechs Fraktionen einen Sonderstatus hat. Unser Grundgesetz und die Geschäftsordnung des Bundestages gelten für alle Fraktionen und Abgeordneten gleichermaßen. Das heißt, es gelten gleiche Rechte, aber auch Pflichten für alle. Dazu gehört, dass die Fraktionen gemäß ihrem Stärkeverhältnis Ausschussvorsitze, Vizepräsidenten und Gremien besetzen. Zwar stehen jeder Fraktion bestimmte Grundmandate zu. Wo jedoch die Personen frei und geheim gewählt wurden, haben wir Abgeordnete uns die KandidatInnen genau angeschaut und dann entschieden. Bei der Wahl der Vizepräsidenten des Deutschen Bundestages kam es dann für die übergroße Mehrheit des Parlamentes auch in drei Wahlgängen nicht infrage, einen Kandidaten zu unterstützen, der Menschen in unserem Land Grundrechte abspricht. Bei der Besetzung der Ausschüsse waren unsere Möglichkeiten begrenzt. Extreme Äußerungen und unparlamentarisches Verhalten von AfD-Kandidaten haben wir zur Sprache gebracht und kritisiert. Die Abgeordneten unserer Fraktion haben die Kandidaten nicht mitgewählt.

Es reicht nicht, darauf zu hoffen, dass sich die AfD im Parlament selbst ausreichend demaskiert. In Parlamenten, in Wahlkämpfen, in den sozialen Medien und auf der Straße hat sie das bereits zur Genüge getan. Hetze und Entgleisungen sind dort an der Tagesordnung, Rassismus und Parlamentsverachtung stellen ihre Abgeordneten inzwischen offen zur Schau. Nahezu jedes Debatthema, ob Staatsbürgerschaftsrecht, Abschiebungen ins Kriegsgebiet nach Syrien oder Abgeordnetendiäten, ist ihnen dazu recht. Wir machen es uns zur Aufgabe, die Strategien der AfD konsequent offenzulegen. Die ständige Opferhaltung, die gezielten Tabubrüche, die kalkulierten Provokationen – das alles hat Methode. Der Abwertung von Menschen stellen wir uns entgegen. Jede Situation muss allerdings sorgfältig abgewogen werden, um angemessen zu reagieren und nicht ungewollt den Populisten in die Hände zu spielen. Bei der Debatte über die Erhöhung der Abgeordnetendiäten konnte einem angesichts der Scheinheiligkeit und des falschen Spiels der AfD allerdings schon der Kragen platzen. Ziel war es ganz offenkundig, das Parlament der Intransparenz und Mausehelei zu verdächtigen. Doch wer es mit solchen Trickereien verächtlich machen will, muss früher aufstehen.

REFORMEN FÜR EIN STARKES, LEBENDIGES PARLAMENT

Unser Einsatz für ein starkes und souveränes Parlament beschränkt sich aber keineswegs auf Abwehr. Ganz im Gegenteil: Zum einen setzen wir Grüne im Bundestag zentrale Zukunftsthemen: den Klimawandel stoppen, gute Pflege organisieren, den Familiennachzug ermöglichen, die Verkehrswende auf den Weg bringen, die Digitalisierung gestalten und Kinderarmut bekämpfen. Zum anderen wollen wir das Parlament lebendiger und transparenter machen. Mit Parlamentsreformen, beispielsweise bei der Regierungsbefragung und der Fragestunde, könnten die Plenardebatten besser werden. Schon in der letzten Legislaturperiode haben wir uns für eine direkte Befragung der Bundesregierung eingesetzt und unsere Initiative dazu eingebracht.

Dem Schlagabtausch zwischen Regierung und Opposition kommt eine zentrale Rolle in einer funktionierenden Demokratie zu. Warum sollte sich die Kanzlerin nicht direkt den Fragen der gewählten Abgeordneten im Bundestag stellen, schließlich beantwortet sie jedes Jahr in der Bundespressekonferenz auch die Fragen der Journa-

listinnen und Journalisten. Nehmen wir uns ein Vorbild an Ländern wie Frankreich, Großbritannien oder Spanien: Hier stellen sich die Regierungschefs regelmäßig persönlich den Fragen der Abgeordneten.

TRANSPARENZ SCHAFFT VERTRAUEN

Hartnäckig bleiben wir auch beim Thema Lobbyismus. In jüngster Zeit warfen der Abgasskandal und die Dieselfähe ein Schlaglicht auf intransparenten Lobbyismus und Konzerninteressen. Kein Wunder, dass viele Menschen verunsichert sind. Auch deshalb setzen wir uns für ein verbindliches, gesetzliches Lobbyregister ein. Wenn Einzelinteressen transparent und nachvollziehbar vertreten werden, stärken wir damit auch das Vertrauen der Menschen in unsere politischen Institutionen und Prozesse. Die EU-Institutionen machen es bereits vor. Leider hat der Koalitionsvertrag von Union und SPD an dieser Stelle wieder nichts zu bieten.

Keine Frage, der Bundestag mit sechs Fraktionen stellt uns alle vor große Herausforderungen. Aber wir sind uns sicher, ein selbstbewusstes Parlament wie unseres wird auch mit Provokationen fertig. Hass und Hetze begegnen wir mit parlamentarischer Streitkultur. Und dem Stillstand einer neu aufgelegten Großen Koalition setzen wir Bewegung entgegen, um mit unseren Ideen und Konzepten für Umwelt und Gerechtigkeit die Herausforderungen der Zukunft zu meistern.

Von Britta Haßelmann MdB,
Erste Parlamentarische Geschäftsführerin



Foto: Frischmuth/Argus

DIE HERZKAMMER DER DEMOKRATIE VERTEIDIGEN

Claudia Roth erklärt, wie sie ihr Amt im Parlament und darüber hinaus ausfüllen und gestalten möchte.

Über meine Wiederwahl zur Bundestagsvizepräsidentin und das Vertrauen, das mir fraktionsübergreifend entgegengebracht wurde, freue ich mich noch immer. Meine Entscheidung, erneut zu kandidieren, entstand aus tiefer demokratiepolitischer Überzeugung. In Zeiten, da die fundamentalen Werte unseres Grundgesetzes und selbst der demokratische Grundkonsens unserer Nachkriegsgesellschaft infrage gestellt werden, geht es mehr denn je darum, den Reichtum unserer Verfassung und der Gewaltenteilung hochzuhalten. Dazu gehört für mich, das Parlament als achtsame Herzkammer unserer Demokratie zu verteidigen, als Zentrum eines Erinnerns in die Zukunft, als Haus des Respekts, der Ermutigung und der Würde aller. Ich bin fest entschlossen, mein Amt als Vizepräsidentin mit diesen Aufgaben im Blick auszufüllen – bei fairer, klarer und konsequenter Anwendung der Geschäftsordnung, ohne Tricks und Sonderregelungen.

Zugleich möchte ich daran mitwirken, parlamentarische Debatten wieder spannender und die parlamentarische Idee für die Bürgerinnen und Bürger deutlicher erlebbar zu machen. Das setzt voraus, eine demokratische Auseinandersetzung hier bei uns, aber auch nach außen zu führen: Schon in der letzten Wahlperiode habe ich versucht, mein Amt mit meinen Themen zu verbinden und dabei meinem Stil treu zu bleiben. Das heißt, auch dorthin zu gehen, wo es wehtut – nicht zuletzt, um Öffentlichkeit über die humanitären Tragödien unserer Zeit herzustellen. Das werde ich weiterhin tun. Ich möchte mich als Vizepräsidentin mit Kolleginnen und Kollegen weltweit austauschen, etwa darüber, wie wir das Auseinanderdriften der Gesellschaft umkehren und wie wir der Klimakrise weltgesellschaftlich etwas Gestaltendes entgegensetzen können. Und ich möchte meine Stimme nutzen, um den öffentlichen Diskurs über Werte und Grundwerte in der Politik zu führen. Stets überparteilich, aber grün engagiert.

MOTOREN DES PARLAMENTS – DIE AUSSCHÜSSE

Zwei der 23 Bundestagsausschüsse werden von grünen Abgeordneten geführt. Gespannt und voller Energie blicken unsere beiden Ausschussvorsitzenden ihrer Arbeit entgegen.



„Die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, ist Kern meiner politischen Arbeit. Daher freue ich mich sehr über den Vorsitz im Umweltausschuss.“

Sylvia Kotting-Uhl MdB ist Vorsitzende im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.



„Die Aufgabe reizt mich ungemein. Der Mobilitätsbereich ist der Lackmustest dafür, ob wir Wirtschaft und Umwelt zusammenbringen können.“

Cem Özdemir MdB ist Vorsitzender im Ausschuss für Verkehr und digitale Infrastruktur.

BERICHTE AUS DEN ARBEITSKREISEN

Wirtschaft, Finanzen & Soziales

AK EINS

» HAUSHALT IN SCHIEFLAGE

Die Haushaltsberatungen 2018 beginnen voraussichtlich nach Ostern. Schaut man sich den Koalitionsvertrag an, wird dies ein Haushalt in Schieflage. Zu wenig Geld für arme Kinder und Familien, zu wenig Geld für Entwicklungszusammenarbeit und beim Klimaschutz gefährliche Tatenlosigkeit. Dabei hat die Koalition einen Spielraum von 46 Milliarden Euro. Viel Geld wird mit der Gießkanne verteilt. Beim Subventionsabbau und damit der ökologischen Transformation passiert nichts. Viele Maßnahmen im Koalitionsvertrag stehen unter Finanzierungsvorbehalt, sind also derzeit nichts als vollmundige Versprechen. Hierzu zählen zum Beispiel die stärkere Finanzierung von Europa oder die neuen Stellen für Justiz und Polizei. Zahlreiche sehr kostspielige Zusagen sollen erst am Ende der Wahlperiode greifen oder dann erst richtig anwachsen. Damit sind große Finanzierungsprobleme spätestens ab dem Jahr 2022 vorprogrammiert. Dies ist eine Politik auf Kosten der Zukunft.

» FÜR EINEN ECHTEN SOZIALEN ARBEITSMARKT

Arbeit bedeutet nicht nur Einkommen, sondern auch Teilhabe und gesellschaftliche Anerkennung. Lang anhaltende Arbeitslosigkeit isoliert die Menschen und belastet Familien. Trotz guter Konjunktur bleibt die Zahl der Langzeitarbeitslosen seit Jahren hoch. Knapp 900.000 Menschen suchen seit mehr als zwölf Monaten eine Arbeit – ca. 150.000 von ihnen sogar länger als fünf Jahre. Deswegen wollen wir einen „sozialen Arbeitsmarkt“ einrichten. Wer absehbar keine Chance auf eine ungeforderte Stelle hat, soll passgenau unterstützt werden – auf freiwilliger Basis. Finanziert werden soll das vor allem über einen Passiv-aktiv-Transfer. Statt ALG II und Kosten der Unterkunft zu bezahlen, wird sozialversicherungspflichtige Arbeit bezuschusst. So entsteht ein inklusiver Arbeitsmarkt, der die Würde der Menschen in den Mittelpunkt stellt. Auch im Koalitionsvertrag wird ein sozialer Arbeitsmarkt angekündigt. Allerdings wirft die Ausgestaltung viele Fragen auf. Kritisch wäre, wenn die Finanzierung zulasten der übrigen Eingliederungsleistungen ginge.

» [gruene-bundestag.de/SozialerArbeitsmarkt](https://www.gruene-bundestag.de/SozialerArbeitsmarkt)

Umwelt, Energie, Landwirtschaft & Verkehr

AK ZWEI

» RESERVEANTIBIOTIKA RAUS AUS DEM GEFLÜGELSTALL

Multiresistente Keime, gegen die viele Antibiotika wirkungslos sind, wurden aktuell in Flüssen und Badeseen nachgewiesen. Besonders besorgniserregend ist der Fund von Bakterien, die auch gegen Colistin resistent sind. Dieses Medikament wird in der Humanmedizin nur in lebensbedrohlichen Situationen eingesetzt, wenn alle anderen Antibiotika nicht mehr wirken. In der Tierhaltung, speziell in der Geflügelmast, wird es in größeren Mengen verwendet. In dem Antrag „Unser Wasser vor multiresistenten Keimen schützen“ fordern wir, unter anderem den Antibiotikaeinsatz in der Landwirtschaft zu reduzieren und den Einsatz von Reserveantibiotika, die in der Humanmedizin für den Fall unabdingbar sind, wenn andere Medikamente nicht mehr wirken, in der Tierhaltung komplett zu beenden.

» [gruene-bundestag.de/Antibiotika](https://www.gruene-bundestag.de/Antibiotika)

» SCHLUSS MIT MIKROPLASTIK

Mikroplastik belastet Umwelt und Tiere. Über den Verzehr von kontaminierten Fischen landet es in unserem Körper – und die Auswirkungen auf die Gesundheit sind kaum erforscht. Klar ist auch: Die VerbraucherInnen wollen kein Mikroplastik in ihrer Kosmetik. Es durch andere Stoffe zu ersetzen, ist möglich und ein wichtiger, schnell umsetzbarer Schritt hin zu weniger Mikroplastik. Wir wollen dem Vorbild Schwedens folgen und Mikroplastik in Deutschland in Kosmetik- und Körperpflegeprodukten verbieten lassen. Außerdem fordern wir die Bundesregierung auf, sich auf europäischer Ebene für ein vollständiges Verbot einzusetzen.

» [gruene-bundestag.de/Mikroplastik](https://www.gruene-bundestag.de/Mikroplastik)

» KLARE REGELN FÜR SAUBERE LUFT

Das Bundesverwaltungsgericht hat entschieden: Saubere Luft und Gesundheit haben Vorrang! Städte können Fahrverbote für schmutzige Diesel festlegen, um Luftreinhaltepläne und gesetzliche Schadstoffgrenzwerte einzuhalten. Die Bundesregierung muss handeln: Ohne Blaue Plakette für saubere Autos droht Chaos auf den Straßen. Ohne Nachrüstung älterer Diesel-Pkws haben die VerbraucherInnen den Schaden. Die Hersteller müssen nun für die Kosten aufkommen. Und wir Grüne im Bundestag dringen auf eine umfassende Verkehrswende und eine Politik für mehr Bahn, ÖPNV, Radverkehr und Carsharing.

» [gruene-bundestag.de/SaubereLuft](https://www.gruene-bundestag.de/SaubereLuft)

Foto: Habjouqa/NOOR/lajf



AK DREI Bürgerrechte & Demokratie, Rechts- & Gesellschaftspolitik

» FAMILIENNACHZUG: WENN ES MEIN KIND WÄRE?

Union und SPD ziehen beim Grundrecht auf ein gemeinsames Zusammenleben der Familie faktisch eine Obergrenze von 1.000 Personen pro Monat. Das betrifft ganz überwiegend Frauen und Kinder aus Syrien und dem Irak. Sie haben sehnlichst auf das Ende der Wartefrist am 16. März 2018 gewartet und dem Versprechen vertraut, ab dann wäre der Familiennachzug wieder möglich. Doch die Frist wurde verlängert. Wir haben uns klar gegen die weitere Aussetzung des Familiennachzugs positioniert. Wer Integration will, muss Geflüchteten Perspektiven auf ein Zusammenleben mit den Familien bieten. Auch sollten sich alle angesichts der Lage in Syrien fragen: Wie wäre es, wenn ich mein Kind dort zurücklassen müsste?

» [gruene-bundestag.de/Familiennachzug](https://www.gruene-bundestag.de/Familiennachzug)

» BREITSCHIEDPLATZ: WIR SORGEN FÜR AUFKLÄRUNG

Zwölf Menschen hat Anis Amri beim Anschlag auf dem Breitscheidplatz getötet und Dutzende zum Teil schwer verletzt. Schon seit Frühjahr 2017 fordern wir Aufklärung durch einen Untersuchungsausschuss auch im Bundestag. Fehler und Missstände auf Bundesebene müssen ernsthaft und nachhaltig aufgeklärt werden, damit ein solcher Anschlag in Zukunft verhindert werden kann. Dies gebietet auch der Respekt vor den Opfern und ihren Hinterbliebenen. Jetzt hat der Bundestag endlich die Einsetzung des Untersuchungsausschusses beschlossen. Lange Zeit sorgte Uneinigkeit über die Reichweite des Untersuchungsauftrages für Verzögerungen. Union und SPD wollten die Untersuchung auf den Zeitraum bis zum Tod des Attentäters beschränken. Damit wären wichtige Fragen zum Handeln der Bundesregierung und der Sicherheitsbehörden ausgeklammert worden. Am Ende konnten sich die GroKo-Fraktionen hier nicht durchsetzen. Der Ausschuss wird viele Fragen zu untersuchen haben: Welche Rolle hatten ausländische Nachrichtendienste? Was ist im Umfeld Anis Amris passiert? Warum waren Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst rund um den Anschlag untätig? Für Aufklärung sorgen Irene Mihalic als grüne Vertreterin im Ausschuss und Konstantin von Notz als Stellvertreter.

» [gruene-bundestag.de/Breitscheidplatz](https://www.gruene-bundestag.de/Breitscheidplatz)

AK VIER

» HUMANITÄRE KATASTROPHE IM JEMEN LINDERN – RÜSTUNGSEXPORTE STOPPEN

Die grüne Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, jegliche Rüstungsexporte an die am Krieg im Jemen beteiligten Staaten zu beenden und Gesetzeslücken zur Umgehung deutscher Rüstungsexportkontrolle zu schließen. Im Koalitionsvertrag haben Union und SPD nur ein Scheinverbot angekündigt. Es ist unklar, für welche Staaten der Ausfuhrstopp gilt. Dieser besteht auch nicht rückwirkend. Exporteure erhalten für bereits genehmigte Lieferungen sogar Vertrauensschutz. Es bleibt, so unsere Sorge, zum Beispiel weiter möglich, Patrouillenboote an Saudi-Arabien zu liefern, die zur Seeblockade eingesetzt werden können.

» [gruene-bundestag.de/Jemen](https://www.gruene-bundestag.de/Jemen)

» REFORM DES EUROPÄISCHEN WAHLRECHTS

Ende Februar berieten die Staats- und Regierungschefs, wie vor den Europawahlen (Frühling 2019) das alte Wahlrecht zum Europäischen Parlament gestärkt werden kann. Eine Reform ist überfällig. Die grüne Bundestagsfraktion hat die Bundesregierung aufgefordert, sich für ein verbindliches Spitzenkandidatenverfahren und transnationale Listen mit Kandidatinnen und Kandidaten aus mehreren Mitgliedstaaten in einem zusätzlichen europäischen Wahlkreis einzusetzen. Leider lehnen vor allem die Konservativen, Nationalisten und Rechtspopulisten im Europäischen Parlament aus Angst vor neuen transnationalen Mehrheiten diese Listen ab.

» [gruene-bundestag.de/Wahlrecht](https://www.gruene-bundestag.de/Wahlrecht)

» ABRÜSTUNG WIEDERBELEBEN

Mit Sorge beobachten wir die weltweite Aufrüstung und die Erosion bestehender Abrüstungs- und Rüstungskontrollregime. Die großen Atomkräfte modernisieren ihre Atomwaffenarsenale. Mit der Entwicklung sogenannter „Mini-Nukes“ – von denen jede die Sprengkraft der Bomben von Hiroshima und Nagasaki hat – soll ein „begrenzter Einsatz“ möglich sein. Wir fordern von der Bundesregierung, mit eigenen Schritten abrüstungspolitisch voranzugehen. Dies bedeutet unter anderem den Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen zu unterstützen, die Stationierung von US-Atomwaffen in Büchel zu beenden und keine atomwaffenfähigen Flugzeuge der Bundeswehr für deren Einsatz bereitzustellen.

» [gruene-bundestag.de/Abruestung](https://www.gruene-bundestag.de/Abruestung)

» KLEINE ANFRAGE, GROSSE WIRKUNG

Großen Aufruhr in Kambodschas Machtelite – bis hin zu Premierminister Hun Sen – hat eine Kleine Anfrage der grünen Bundestagsfraktion zu „Demokratie und Menschenrechten in Kambodscha“ ausgelöst. Die regierungskritische Tageszeitung „Phnom Penh Post“ hatte über die Antwort der Bundesregierung auf ihrer Titelseite berichtet. Seit den Kommunalwahlen Mitte 2017 werden Demokratie und Menschenrechte in Kambodscha immer stärker demontiert. Oppositionelle wurden verhaftet oder ins Exil getrieben und die einzige im Parlament vertretene Oppositionspartei (CNRP) aufgelöst. Aufgrund der desaströsen Menschenrechtslage droht Kambodscha die Rücknahme von EU-Handelspräferenzen. Die EU hat angekündigt, gezielte Maßnahmen in Erwägung zu ziehen, sofern keine Besserung der Lage eintritt.

» [gruene-bundestag.de/Kambodscha](https://www.gruene-bundestag.de/Kambodscha)

Foto: Sachelle Babbar



AK FÜNF Wissen, Generationen & Gesundheit

» INTERNATIONALER FRAUENTAG 2018: BETTER TOGETHER

Am Internationalen Frauentag geht es schon seit 1911 um gleiche Rechte und Gleichberechtigung. 100 Jahre nach Einführung des Frauenwahlrechts ist der Frauenanteil im Deutschen Bundestag deutlich gesunken – weil AfD, FDP und Union so wenige Frauen in ihren Reihen haben. Dabei werden geschlechterpolitische Fragen leidenschaftlich debattiert, in den Parlamenten und Redaktionen ebenso wie an den Küchentischen und Kneipentheken. #metoo und der Protest gegen Sexismus haben Frauen auf die Straße gebracht und den Blick auf die Darstellung von Frauen und Männern im Film verändert. Die Diskussion über die Aufhebung des § 219a (Ärzte dürfen nicht über Abtreibungen informieren) zeigt, dass Fragen der sexuellen Selbstbestimmung, das Verhältnis von weiblichem Körper, Staat und Strafrecht, mitnichten erledigt sind. Entgeltgleichheit, Schutz vor Gewalt, Selbstbestimmungsrecht – für diese Themen gingen schon unsere Urgroßmütter und Großmütter auf die Straße. Im Koalitionsvertrag finden sich dazu keine oder zu zaghafte Antworten. Die Zusammenarbeit von Frauen inner- und außerhalb des Parlaments bleibt nötig.

» [gruene-bundestag.de/Frauen](https://www.gruene-bundestag.de/Frauen)

» MEHR PERSONAL IN KRANKENHAUS UND ALTENPFLEGE

Trotz mehrerer Pflegereformen verschärft sich der Pflegenotstand weiter. Er zeigt sich insbesondere im Fachkräftemangel – in der Altenpflege genauso wie im Krankenhaus. Diese Abwärtsspirale aus Fachkräftemangel und unattraktiven Arbeitsbedingungen sowie schlechter Bezahlung muss schleunigst gestoppt werden. Wir haben daher in einem Antrag für den Bundestag zwei Sofortprogramme gefordert. Diese sollen die Zeit überbrücken, bis Personalbemessungsinstrumente entwickelt und eingeführt sind, die sich am tatsächlichen Bedarf der Patientinnen und Patienten sowie der Pflegebedürftigen orientieren. Im Krankenhaus und in der Altenpflege finanzieren diese Programme jeweils 25.000 zusätzliche Pflegefachkräfte. So könnte man zum Beispiel dafür sorgen, dass keine Pflegekraft auf einer Station nachts alleine ist. Dieser wichtige Baustein muss ergänzt werden um Maßnahmen, die den Pflegeberuf attraktiver machen und Hilfs- zu Fachpersonal weiterqualifizieren. Es gibt viel zu tun. Doch die Große Koalition hat lediglich 8.000 Stellen mehr in der Altenpflege eingeplant – ein Tropfen auf den heißen Stein.

» [gruene-bundestag.de/SofortprogrammPflege](https://www.gruene-bundestag.de/SofortprogrammPflege)

Foto: Sachelle Babbar

PUBLIKATIONEN

Eine Auswahl zu den Themen dieser Ausgabe. Mehr unter:
gruene-bundestag.de » Publikationen

AGRAR UND ERNÄHRUNG

Fleisch für die Welt? 18/26

ARBEIT & SOZIALES

Der Armut keine Chance 18/104
Rente mit Zukunft 18/88

ATOM, ENERGIE, KLIMA

Endlagersuche 18/109
Klimakrise stoppen 18/7
Raus aus der Kohle 18/11

DROGEN & GESUNDHEIT

Drogenpolitik neu ausrichten... 18/71
Die grüne Bürgerversicherung .. 18/79

FRAUEN

Nach vorn! Frauenpolitik 18/97

INTERNATIONALE- & SICHERHEITSPOLITIK

Peace now! Frieden fördern 18/99
Abrüsten! 18/93
Rüstungsexportkontrolle 18/87

INNEN- & RECHTSPOLITIK

Sicherheit und Rechtsstaat 18/101

INTEGRATIONS- & FLÜCHTLINGSPOLITIK

Flüchtlinge schützen 18/39

UMWELT & NATUR

Zukunftsfähige Umweltpolitik .. 18/32
Ozeane schützen 18/68

VERKEHRS- & MOBILITÄTSPOLITIK

ÖPNV mit Zukunft 18/102
Grün macht mobil 18/78

STADT, LAND, WOHNEN

Bezahlbar gut wohnen 18/73

Bestellungen an:
Bündnis 90/Die Grünen Bundestags-
fraktion, Versand, 11011 Berlin, oder:
versand@gruene-bundestag.de

profil:GRÜN ist die Zeitschrift der
Bundestagsfraktion. Sie erscheint
vier Mal im Jahr, das Abo kostet
7,50 Euro und kann unter oben
stehender Adresse bestellt werden.

ONLINE

Tagesaktuelle Informationen, Frakti-
onsbeschlüsse, Initiativen, Bundes-
tagsreden, Videos sowie politische
Hintergründe finden Sie auf
» gruene-bundestag.de.

Unser Tipp: Neues Grün #1-18

Unsere neu gewählten MdBs stellen
sich vor: » [gruene-bundestag.de/](http://gruene-bundestag.de/videos)
videos


Neues und Wissenswertes liefern
unsere Newsletter. Ihre Anregun-
gen, Kommentare, Ideen und Fragen
können Sie uns auch über die sozialen
Netzwerke schicken:

 twitter.com/GrueneBundestag

 [instagram.com/gruenebundestag](https://www.instagram.com/gruenebundestag)

 [facebook.com/](https://www.facebook.com/Gruene.im.Bundestag)
Gruene.im.Bundestag

 Der grüne Kanal bei YouTube:
[youtube.com/GRUENE](https://www.youtube.com/GRUENE)

 Unsere Fotos bei flickr:
[flickr.com/gruene-bundestag](https://www.flickr.com/gruene-bundestag)